

Arbeiter-Zeitung

Sport Heute:
vom Sonntag!

für Schlessien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telephon 400 39, Postkontonr. Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Lützow 6, Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck: „Vorwärts“ AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Weitere Bürgerkriegsrüstungen gegen die Arbeiterschaft

Höring schafft eine Geheimarmee

Gebering weiß um diesen Plan — Schuso mit schweren Waffen — Kriegstarke Regimenter

Am Sonnabend haben wir an Hand von zwei Vorfällen die höchste Alarmbereitschaft für das werktätige Volk signalisiert. Die Geheiminsignierung der Nazis mit den Giftkollernmillionären und die Provokation des „Kommandanten“ von Breslau mit seiner Reichswehr. Am gleichen Tage war bereits am politischen Horizont ein weiteres Alarmzeichen sichtbar geworden, von dem wir aber unsere Leser nicht mehr unterrichten konnten, wegen der früheren Herausgabe unserer Sonnabendnummer.

Das politische Barometer steht auf Sturm. Darüber besteht kein Zweifel; auch dort, wo es sichtlich gesehen nicht gleich erkennbar ist. Wenn wir, wie am Sonnabend, berichten, daß die Nazis in geheimer Konferenz mit den Giftkollernmillionären gemeinsamen Lohnraub vorbereiten, so könnte das auf den ersten Blick scheitern, als hätte das mit dem in Vorbereitung befindlichen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse nichts zu tun. Dem ist aber nicht so, vielmehr liegt auch diese geheime Lohnraub-Verbrüderung zwischen Nazis und Gelbsad in der Linie des Bürgerkriegs. Die verschiedenartigen politische Struktur Deutschlands, die auch die verschiedenen Mollen der Bürgerkriegstruppen bedingt, bringt es mit sich, daß in den verschiedenen Teilen des Reiches die Rolle der National- und Sozialfaschisten voneinander abweicht, daß diese Verschiedenartigkeit der Rollen sogar noch harte Kämpfe unter diesen vorerwähnten Gruppen zeitigt, die in Wirklichkeit nur strategische Manöver zur Lähmung der Werktätigen darstellen. Haben wir am Sonnabend Alarmzeichen signalisiert aus dem Lager von Hitler und der ihm nachstehenden Reichswehr, so kommt heute der Alarm vom anderen Flügel, von Höring und Severing.

Unsere Bruderzeitungen an der Ruhr haben in der letzten Zeit Severing, der zu der Ruhr ja sehr gut Bescheid weiß, aufgebodet, sich dazu zu äußern, was es für eine Verwandtschaft mit gewissen Vorbereitungen seiner engsten Freunde hat, die eine Geheimarmee heranzubilden. Er hat dazu geschwiegen, der „Kleine Metallarbeiter“. Deshalb hat unsere Ruhrpresse jetzt den Schleier gelüftet über diese „Schwarze Wehr“ für den Gelbsad. Sie schreibt:

Eine Geheimkonferenz

Am 1. Januar fand eine streng geheime Sitzung des Reichsbanners in Düsseldorf statt. Obwohl durch versiegelte Briefe dazu eingeladen war und strengste Vorkehrungen getroffen waren, keimen „Anberufenen“ in diese Konferenz hineinzulassen, kann unsere Ruhrpresse alles enthüllen, was dort verhandelt wurde.

Von 80 Geladenen waren aber nur 18 erschienen. Es sprach der rechte Sozialfaschist Landrat Wügerde. Obwohl die Sitzung ausdrücklich gegen die Nazis einberufen war, sprach der Redner ausschließlich über Bürgerkriegsrüstungen des Reichsbanners. Er stellte fest, daß die wirtschaftliche Lage in diesem Winter, in den kommenden Monaten zu ungeheuren Zustimmungen führen werde.

daß die Kommunisten alles daransetzen würden, um die Arbeiterschaft zu großen Kämpfen zu führen.

Es ist klar, so erklärte Wügerde, wenn die Kommunisten einen Versuch machen, daß dann die Nationalsozialisten auch auf den Plan treten werden, um die Nazis an sich zu reißen. Das Reichsbanner muß in dieser Situation bereitstehen, um die Republik gegen den kommunistischen Versuch zu verteidigen, um so den Bestand der Demokratie und der Republik zu sichern.

Kriegstarke Regimenter an Niederrhein

Im Verlauf seiner Rede betonte Wügerde, daß am Niederrhein bereits kriegstarke Regimenter waffentechnisch und marschfertig ausgerüstet seien. Größere Waffen- und Munitionsbestände seien bereits gesichert. Ebenso stehen bereits drei Schießplätze zur Verfügung. Gegenüber der Behauptung, daß die Schupo Waffen an das Reichsbanner liefert, betonte W., daß er darauf nichts zu sagen brauche. (Es stimmt also.)

Nach der Diskussion erklärte Wügerde, daß Hörings Ziel sei, eine Truppe von 40-50 000 Mann zu schaffen.

Die Ruhrpresse stellt an Severing die Frage: „Wie sieht die Entfaltungen die Frage: Wagen Sie, Herr Severing, zu behaupten, daß Ihnen diese Tatsachen unbekannt sind? Wenn Sie leugnen, daß Sie um die Schaffung einer kriegstarke Geheimarmee wissen und sie leugnen.“

Herr Severing wird das nicht leugnen, weil er das nicht kann. Er wird es auch deshalb nicht leugnen können, weil Höring selbst

inzwischen die enthüllten Pläne bekämpft hat. Er hat am Freitag in Magdeburg eine große programmatische Rede gehalten. In dieser Rede, die er betitelt „Marschbereit am 22. Februar“ führte er u. a. aus:

„Wenn aber die Feinde der Republik sich erdreisten sollten, gegen uns und damit gegen die Republik vorzugehen, so werden wir mit derselben Art und Methode und auch mit allen Mitteln, mit denen sie uns angreifen, ihnen entgegenzutreten. Wir werden sie, wenn die Interessen der deutschen Nation es fordern sollten, restlos bis auf den letzten Mann vernichten.“

Höring weiß sehr gut, daß die Nazis sich mit dieser Republik abgefunden haben. Ruhe hat erst am vergangenen Mittwoch erklärt, daß die Nazis mit ihren Leibern die Weimarer Verfassung verteidigen, und Goebbels schrieb in einer rechtsgerichteten Zeitung einen Artikel, indem er ebenfalls seine Partei für die Republik stellt, weil in dieser Republik ihr Weibchen ebenso blüht wie unter Fried in Thüringen. Hitler hat nach dem 14. September und seitdem ununterbrochen betont, daß Deutschland, das heißt der deutsche Kapitalismus, nur einen Feind hat, das ist der Bolschewismus, das ist die SPD. Noch deutlicher enthüllte Höring seinen verbrecherischen Plan in folgenden Ausführungen:

„Unter Hinweis auf die antenationalistischen Ziele der Kommunisten und der Nationalsozialisten sagte Höring: Ich glaube, daß, solange Deutschland in Verunreinigt ist, man sich weder Italien noch Rußland wird anschließen können. Wir müssen alles daran setzen, daß ein solches Bündnis, das den Krieg auf deutschem Boden bedeuten würde, verhindert wird.“

Das ist zwar etwas verlausuliert wiedergegeben, aber immerhin noch deutlich erkennbar, um was es dem mitteldeutschen Schlächter Höring geht. Daß er seinen Bürgerkrieg mit Phrasen über die Nazis zu vertuschen sucht, das erfordert, wie wir das schon an anderer Stelle angebeutet, die Strategie, das heißt die Teilung der Aufgaben zwischen Sozial- und Nationalfaschisten.

Zum Schluß sei noch folgendes zur Unterzeichnung der herausziehenden Gefahr vermerkt.

Das Zentrum im Bunde mit Höring

In der Düsseldorf Geheimkonferenz gab der Redner bekannt, daß auch das Zentrum in gleicher Weise rüstet. Damit wird angedeutet, daß Höring sich nicht bloß der Zustimmung Severings versichert hat, sondern auch des Zentrums. Daß dem tatsächlich so ist beweist folgendes:

In einer Reichsbanner-Ausgabe in Trier sprach u. a. ein Zentrumsmittler. Vorher hatte die dortige SPD, den in Trier amtierenden Prälaten Kaas, der der eigentliche Führer des Zentrums ist, wegen der Stellung des Zentrums zum Reichsbanner interpelliert, und Kaas, der auch der Vertrauensmann des Papstes ist, hat in seiner Stellungnahme ausdrücklich auf das Auftreten eines Zentrumredners in der Reichsbannerversammlung verwiesen.

Ferner, die Zentrumspresse bringt Hörings Rundrede in Magdeburg in großer Aufmachung, und zwar in durchaus zustimmender Weise. Wenn man bedenkt, daß noch vor kurzem das Zentrum eine entgegengesetzte Stellung dem Reichsbanner gegenüber einnahm, kommt dieser Schwendung besondere Bedeutung zu.

Das sind die Tatsachen, die erneut eine Mahnung an alle Werktätigen zur höchsten Alarmbereitschaft signalisieren.

Es geht wieder gegen das Proletariat. Jetzt, Arbeiter in Stadt und Land und werktätige Mittelständler, heraus zur Wehr! Hitler und Höring sind beide gleich schlimme Feinde. Sie müssen gleichermaßen bekämpft werden. Nehmt in allen Organisationen, in allen Belegschaftsversammlungen zu diesen Enthüllungen Stellung! Wählt überall Delegierte zu dem im Februar stattfindenden Volkstongress gegen Young-Faschismus! Deutschland soll kein Tummelplatz der SA und Schuso, sondern das Reich der proletarischen Herrschaft werden

Schweigendes Geständnis der NSDAP.

Heraus mit der Sprache! — Wie ist es mit den Unternehmern der IG-Farben und der Ruhrindustriellen?

Vier Tatsachen:

Wir stellen fest, daß der nationalsozialistische Gauleiter und Reichstagsabgeordnete J. Lorian in Düsseldorf mit dem Syndikus Klein von der IG-Farbenindustrie vor einer Konferenz der Reichsheimat-Förderer Industrieller über die Arbeiterfeindschaft und houngräberischen Ziele der Nationalsozialisten gesprochen hat.

Der „Angriff“ des Herrn Goebbels schweigt trotz unserer öffentlichen Aufforderung beharrlich zu dieser Tatsache.

Wir stellen weiter fest, daß Adolf Hitler in der letzten Zeit mindestens dreimal im Ruhrgebiet gewesen ist und dort den kriegstarken Sold für den Streikbruch der Nationalsozialisten im Kampf der Ruhrbergarbeiter einlieferte. Mehrere hunderttausend Mark hat Hitler von den lohnräuberischen Ruhrindustriellen erhalten. Wir stellen weiter fest, daß die „National-Zeitung“, das Organ der NSDAP, auf Bürgerschaft von Industriellen hin von einer Bank 90 000 Mark Kredit erhalten hat.

Der „Angriff“ des Herrn Goebbels schweigt zu diesen Tatsachen über den Kauf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Die ganze Presse ist voll von den Beweisen, daß an einem Tage in zwei Fällen die Morde der Nationalsozialisten, durch die

Geständnisse der Verbrecher, enthüllt wurden. Der SA-Mann Gerhard Neuberger hat selbst den Schuß auf seine Freundin abgefeuert und dann geschwindelt, kommunisten hätten ihn überfallen. Der Reichswehrfeldat Werner Loewe hat sich selbst verstrümmelt und dann durch die Presse des Herrn Goebbels dieselbe Lüge verbreitet.

Aber der „Angriff“ schweigt zu diesen Tatsachen.

Wir brachten gestern Tatsachendeweise, daß der „Angriff“ zuwagte Mordblügen gegen Kranke Jungarbeiter in die Welt zu setzen, daß er einen zweifach verurteilten Berufsverbrecher, Arthur Biernat, ein „Untermetz“ also, um in der Sprache des „Angriffs“ zu reden, als Spiegel in die Arbeiterbewegung zu senden versuchte, daß der „Angriff“ jetzt die Verbrecher dieses Verfalls zur Morbhege gegen Arbeiter benutzt.

Der „Angriff“ schweigt auch zu diesen Enthüllungen der Verbrecherpraxis der Nationalsozialisten.

Aber Schweigen ist Eingeständnis, und das Geständnis, das in diesem Schweigen des „Angriffs“ liegt, lautet: Die Führer der NSDAP, und gekaufte Unternehmer, und Young-Lasalen, sind Streikbrecher und Lohnräuber, sind bewußte Mörder, sind ehelose Verbrecher.

Neuroder Bergarbeiter rüsten

Neurode, 19. Januar. Am gestrigen Sonntag fand in Kunzendorf eine Konferenz der Neuroder Grubenvertreter statt. In den am Freitag stattgefundenen, von der NSD. einberufenen Betriebsversammlungen wurden 17 Delegierte zu dieser Tagung gewählt. Nach einer ausgiebigen Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Schachtbelegiertenkonferenz für den Neuroder Bergbau am 18. Januar in Kunzendorf beschließt, alle Kräfte zur Organisierung des Streiks als Abwehr gegen jeden Versuch des Lohnraubes oder Arbeitszeitverlängerung einzusetzen.“

Inbesondere beschließt die Konferenz, in der Woche bis zum 24. Januar Versammlungen durchzuführen und Solidaritätsausgänge zu wählen.“

Nach der Festlegung der Versammlungen und Festlegung der Beschäftigung der Schachtbelegiertenkonferenz am 25. Januar in Weisstein wurde die Konferenz geschlossen.

Nazi organisieren Streikbruch

In Leipzig streift die Belegschaft des Daimler-Benz-Betriebes. Die Direktion wandte sich an den nationalsozialistischen Arbeitsnachweis. Die Nazi-Führer erklärten sich sofort bereit, Streikbrecher zu stellen, verlangten aber, daß die Streikbrecher genügenden polizeilichen Schutz erhalten und außerdem im Betriebe übernachten können. Das ist das wahre Gesicht der Nazi-Führer.

Der politische Massenstreik in Danzig

Ein bedeutendes Vorpostengefecht

Von Eugen Wiedmaier

Die Bedeutung des politischen Massenstreiks vom 13. Januar in Danzig wird dadurch nicht herabgemindert, daß er lediglich von einer Schicht der Arbeiterklasse, und zwar von der für Danzig entscheidenden Schicht, der Hafnarbeiter, geführt wurde, und daß er in seiner Dauer auf 24 Stunden beschränkt war.

Es handelt sich um einen Vorpostenkampf in der Anwendung einer höheren Form des revolutionären Klassenkampfes und in der Erreichung einer höheren Stufe des revolutionären Aufschwunges. Der Streik wurde in einem Gebiet geführt, das dem „Schutz“ des Völkerverbundes und der Kontrolle des polnischen Imperialismus unterworfen ist und in einem Hafen, dem eine wichtige Rolle in einem Interventionskrieg des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und gegen die heranwachsende deutsche und polnische Revolution zugeordnet ist. Er entwickelte sich auf der Grundlage der Mobilisierung der Massen gegen die nationalsozialistische Fickm-Regierung, die anfangs Januar zustande kam. Im Mittelpunkt dieser Massenmobilisation stand die Lösung des politischen Massenstreiks gegen die angekündigten faschistischen Diktatur- und Hungermaßnahmen des Senats (Ermächtigungsgesetz, Mieterhöhung, Kopfsteuer, Abbau der sozialen Fürsorge).

Aufrüstung zum revolutionären Massenkampf

Der Streik, der sich direkt gegen die Regierung richtete, bildet den Auftakt einer Protest- und Kampfbewegung, die von der kommunistischen Partei in Stadt und Land und in den verschiedensten Formen entfesselt und geführt wird. Er spielt die Rolle eines mächtigen Hebels, um die Arbeiterklasse auf den Weg des politischen Massenstreiks zu lenken und alle werktätigen Schichten für den revolutionären Massenkampf aufzurufen.

Der Erfolg zeigte sich bereits in der am anderen Tage stattgefundenen Kampfdemonstration des Danziger Proletariats, die unter dem Eindruck des Streikes der Hafnarbeiter und im Zeichen der Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse für die Führung eines beschränkten Proteststreikes stand.

Protest- und Kampfbewegung

Der Charakter, Verlauf und die Entwicklung des Streikes der Hafnarbeiter zeigen einige interessante Momente. Der Streik ging nicht nur den Charakter einer Protest-, sondern einer Kampfbewegung. Die Hafnarbeiter stellten an den Senat einige Forderungen: 1. Sofortige Auszahlung der vom Volkstag auf Grund des kommunistischen Antrages und des mobilisierten Massenandrucks bewilligten Notstandsbeihilfe. (Der Senat weigert sich, diese auszuzahlen). 2. Sofortige Zahlung der zurück gezahlten Steuerbeträge, deren Auszahlung vom Senat verweigert wird. 3. Erwerbslosenunterstützung für jeden beschäftigungslosen Arbeitstag. 4. Geregelter Arbeitsvermittlung, Vermittlung der Arbeit der Reihe nach und Nummern unter Kontrolle der Vertrauensleute der Hafnarbeiter.

Diese Forderungen wurden am Sonnabend, dem 13. Januar in ultimativer Form durch eine Delegation dem Senat überreicht, an deren Spitze der Führer der KGD im Hafen stand. Der Senatspräsident Fickm gab der Delegation eine ausweichende und beschwichtigende Antwort. Voraus ging eine Mobilisierung der Hafnarbeiter auf den Arbeitsplätzen und Stempelstellen. Am Sonntag folgte die Vertrauensleutenkonferenz den Streikbeschlüssen für Dienstag. Tags zuvor erklärten die Hafnarbeiter in drei öffentlichen Hafnarbeiterversammlungen ihre Zustimmung.

Herstellung der kämpfenden Einheitsfront

Der Streikbeschluss war unterzeichnet im Namen der Vertrauensmännerkonferenz und Vertrauensleute von einem Mitglied der christlichen Gewerkschaft und von zwei Mitgliedern des reformistischen Gesamtverbandes der Arbeitnehmer, für den roten Einheitsverband der Hafnarbeiter und Seeleute von dem Vorsitzenden. Darin äußert sich nicht nur die breite und Festigkeit der proletarischen Einheitsfront unter revolutionärer Führung, sondern auch ein hoher Kampfesmut (keine Furcht vor Maßregelungen, Verhaftungen und Ausschluß aus der Gewerkschaft).

Die sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbürokratie führte einige Gegenmaßnahmen durch, die jedoch an dem Widerstand der eigenen Mitglieder scheiterten.

Christliche Arbeiter schicken ihren Sekretär nach Hause

In einer am Tage zuvor stattgefundenen christlichen Hafnarbeiterversammlung wählte der Gewerkschaftssekretär Cierocki, ohne sein Vorhaben zu erklären, abzuziehen. In seiner Chamaht gegenüber den kämpfswilligen Mitgliedern erklärte er beim Verlassen des Saales parzifalisch: „Macht, was ihr wollt. Mein Weg führt hier.“

Der Streik wurde mit einer ziemlichen Geschlossenheit durchgeführt. Der Streikbruch mit Hilfe der Bürokratie und des Polizeieinsatzes gelang an drei Schiffen, und zwar mittels Vorarbeitern und einigen sozialdemokratischen Funktionären. Von über 2000 erwerbslosen Hafnarbeitern ließen sich durch das Stempelamt 25 zum Streikbruch pressen, wovon 10 die Arbeit auf dem Arbeitsplatz verweigerten. Die betriebliche Einheitsfront der Hafnarbeiter wurde durch den Kampf gestiftet und der Boden für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit für den Zusammenschluß der großen Mehrheit der Hafnarbeiter im roten Einheitsverband der Hafnarbeiter und Seeleute geebnet.

Aus dem Kampf wächst der Rote Einheitsverband

Die Einheits- und Gründungskonferenz des Einheitsverbandes, der sich vor einem Jahr im Zusammenhang mit einer Kampfbewegung und auf Grund von Ausschluß- und Spaltungsmahnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie als Deutscher Lehrerbund, Sektion Hafnarbeiter (Opposition), bildete, findet am heutigen Tage statt. Diese Organisation kann sich nunmehr mit Recht den Namen „Roter Einheitsverband“ zulegen.

Der politische Massenstreik der Hafnarbeiter war natürlich nur auf Grund einer Reihe vorausgegangener wirtschaftlicher und politischer Teilbewegungen möglich. Den letzten mehrtägigen Streik unter Führung der KGD führten die Hafnarbeiter im September vorigen Jahres gegen die geschlossene Front,

SPD. und Nazis stimmen für Brüning und Hindenburg

Abstimmungen über die Gehälter Hindenburgs und Brünings im Haushaltsauschuß des Reichstags — Die Parteien von Goebbels bis Hilsferding sprechen Brüning das Vertrauen an

Im Haushaltsauschuß des Reichstages fanden am Sonnabend die Abstimmungen über die Gehälter des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Brüning statt. Die Zustimmung zu diesen Gehältern ist nicht anders als ein politisches Bekenntnis zu betrachten. So wurde die Frage von der kommunistischen Partei gestellt und auch die Nationalsozialisten haben bei den vorjährigen Etatsberatungen diesen Standpunkt eingenommen.

Die kommunistische Partei hatte entsprechend ihrer grundsätzlichen Gegnerchaft zu dieser Regierung und zu diesem Staat die Streichung dieser Posten im Etat beantragt. Dagegen stimmten nicht nur die Parteien, die in der Brüning-Regierung vertreten sind, nicht nur die Sozialdemokraten, die die Brüning-Diktatur stützen, sondern ebenso auch die Nationalsozialisten. In Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten bewilligten diese Parteien für den Reichspräsidenten 168 000 Mark Gehalt plus 75 000 Mark Aufwandsentschädigung, für den Reichskanzler Brüning 45 000 Mark Gehalt.

Zu den Gehältern für den Reichskanzler 18 000 Mark Dienstaufwandsentschädigung, 30 000 Mark für Repräsentationszwecke, 180 000 Mark für allgemeine Zwecke, worüber der Reichskanzler dem Reichstag keine Rechnung abzulegen braucht.

Ueber die außer dem Gehalt an den Reichskanzler zu zahlenden Beträge wird erst am Montag abgestimmt werden. Ueber die Haltung der Parteien von der SPD. bis zu den Nazis hat bereits gezeigt, daß sie sämtlich Stützen der Regierung Brüning sind.

Die einzige Partei des Kampfes gegen die Brüningdiktatur, gegen die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, die einzige Partei des Kampfes gegen den Faschismus, die einzige Partei der grundsätzlichen Gegnerchaft zu diesem System des Hungers, der Youngausplünderung, der Massenverwahrlosung und der Lohnrauberei ist die kommunistische Partei.

Offene Bürgerkriegsrüstungen

„Besiegte Gegner zum Verbandplatz tragen“!

Ein geheimer Dienstbefehl über Felddienstrübungen des „Jungdo“ in Ostpreußen

Königsberg, 17. Januar. Unser ostpreussisches Bruderorgan, „Echo des Ostens“, ist in der Lage, einen geheimen Dienstbefehl der Jungdeutschen Jugend in seinem Wortlaut zu veröffentlichen. In diesem Dienstbefehl, der an die Scharmeister der 2. und 3. Schar Soritz Schlemminger und Gerhard Reichardt gerichtet ist, heißt es folgendermaßen: „Wetr. Geländeziel am 11. Januar 1931 in der Raporner Heide.“

Allgemeiner Spielverlauf: Die Abteilung besetzt die Wegekreuzung Vierbrüderkruz-Bärwalde und Raporner Kirchenweg.

Die Hauptstellung befindet sich am Südrande des Raporner Kirchenweges, beiderseits des Weges Vierbrüderkruz-Bärwalde. Doppelposten sind östlich der Hauptstellung am Raporner Kirchenweg und nördlich derselben am Wege Vierbrüderkruz-Bärwalde aufzustellen.

Dieselben haben abwechselnd die Verbindung miteinander aufrechtzuerhalten. Etwa 300 Meter hinter der Stellung wird ein Verbandplatz markiert (weiße Fahne).

Angriff des Gegners erfolgt aus nördlicher Richtung von Bärwalde her.

Aufgabe:

Die Posten haben rechtzeitig schriftlich unter Angabe der Uhrzeit die Annäherung des Gegners zu melden.

Etwaige feindliche Patrouillen sind unter Vermeidung jeden Geräusches nach Möglichkeit abzufangen.

Der Angriff des Feindes ist abzuschlagen, indem möglichst viel Gegner der Wollhaben vom Arm gerissen wird. Entscheidungen liegen in Streitfällen bei n Schiedsrichter.

Besiegte Gegner sind zum Verbandplatz abzutransportieren, geg. Hangwitz.

Dieses Dokument zeigt erneut die Berechtigung, mit der die kommunistische Presse ständig die geheimen Rüstungen anprangert. Eine ganze Reihe von faschistischen Organisationen sind gerüstet zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und zum imperialistischen Krieg. Die Massen der Werktätigen müssen diesen Rüstungen eine geschlossene antifaschistische Front entgegenstellen. Überall heißt es, die Arbeitermassen zusammenzufassen, in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen Delegierte zur antifaschistischen Delegiertenkonferenz wählen zu lassen, damit ein unbeflegbarer Kampfblock gegen den Faschismus geschaffen wird.

Rettet die gefangenen Brüder vor dem Strafvolzugsterror!

Die proletarischen politischen Gefangenen werden entrechtet

Die Regierung des Sozialdemokraten Braun raubt den proletarischen Gefangenen ihre Haft erleichterungen — Unsere gefangenen Genossen sollen wie gemeine Verbrecher behandelt werden

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ vom 17. Januar veröffentlicht eine Verfügung des preussischen Justizministers, die einen ungeheuerlichen Anschlag gegen die 1400 proletarischen politischen Gefangenen bedeutet. Die Verfügung befehlt sich mit der Behandlung der Überzeugungsgänger und sagt unter anderem:

„Als Überzeugungsgänger sind Verurteilte anzusehen, bei denen nach der ausdrücklichen Feststellung des Urteils der ausschlaggebende Beweggrund darin bestanden hat, daß sie sich auf Grund ihrer sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung zu ihrer Tat für verpflichtet hielten. Solche Gefangene erhalten ohne Rücksicht auf die Dauer der Strafe vom Beginn der Strafverbüßung an die in der Verordnung vom 7. Juni 1929 angeführten Haft erleichterungen.“

Gefangene, bei denen im Urteil die eingangs erwähnte ausdrückliche Feststellung nicht enthalten ist, werden nach den allgemeinen Bestimmungen behandelt, auch wenn bei ihrer Strafstatistik religiöse oder politische Beweggründe mitgespielt haben.“

Diese Verordnung versucht den Anschein zu erwecken, als sei sie ein Schritt auf dem Wege zur „Humanisierung des Strafvolzugs“. In Wirklichkeit ist sie das gerade Gegenteil. Indem die „ausdrückliche Feststellung“ des Urteils zur Bedingung der Behandlung als Überzeugungsgänger gemacht wird, raubt diese Verfügung der Mehrzahl der proletarischen politischen Gefangenen die ihnen bisher gewährten

Haft erleichterungen als politische Gefangene. Denn nur in den allerersten Fällen wird bei Proletariern im Urteil die Überzeugungsgängerschaft ausdrücklich festgestellt. Nach dieser Verfügung wird die reaktionäre Richterschaft die Frage der Überzeugungsgängerschaft stets in eine solche Form kleiden, daß der verurteilte Proletarier im Gefängnis und Zuchthaus wie ein gemeiner Verbrecher behandelt wird.

Besonders traurig wird diese Verfügung sich bei den um die Amnestie Betrogenen und heute schon körperlich und seelisch im Zuchthaus zugrunde gerichteten Genossen Peters und Machtigall auswirken.

Der Faschisierung der Justiz folgt die Faschisierung des Strafvolzuges, und bezeichnenderweise ist es wieder die Regierung des Sozialdemokraten Braun, die den Fria und Franzen Beispiele faschistischer Praxis liefert. Diese Verhärtung der Martern, denen die proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland ausgelegt werden, zeigen, daß die Unterschiede zwischen den Schrecken des faschistischen Terrors in Polen und Italien und der faschistischen Regierungspraxis in Deutschland immer geringer werden.

Die Verfügung des preussischen Justizministers ist ein Alarmzeichen an die ganze deutsche Arbeiterklasse, mit der Roten Hilfe in geschlossener Kampffront gegen Justiz- und Strafvolzugsterror für die Befreiung aller unterer 1400 eingekerkerten Klassenbrüder zu kämpfen.

den organisierten Streikbruch und brutalen Polizeiterror des sozialdemokratischen Innenministers Brüning und gegen einen Schiedspruch, der den Tag- und Schichtlohn auf der alten Höhe beließ, wogegen jedoch die Hafnarbeiter für die Forderungen der KGD, streikten, die auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse abzielten. Dieser Streik trug viel dazu bei, das politische Klassenbewußtsein, den revolutionären Kampfwillen und die Organisiertheit der Hafnarbeiter zu heben.

Ohne Zweifel wird sich der politische Massenstreik der Hafnarbeiter nicht nur als ein Forderungsmittel herausstellen, um mit der Gesamtarbeiterklasse den Übergang zu der höheren Form

des politischen Massenstreiks leichter zu vollziehen, sondern auch als ein gewaltiges Mittel der Förderung des ökonomischen Kampfes sowohl der Hafnarbeiter, als auch aller Arbeiter, die von der Partei und der KGD. unter der Führung „Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, Kampf für Lohnerhöhung, her mit dem Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich“ für wirtschaftliche Kämpfe mobilisiert werden. Gleichzeitig wurde damit auch die Anwendung des Streiks gegen die Zahlung der Kopfsteuer und anderer direkter und massenbelastender Steuern sowie gegen die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe um 10 Prozent, die in den Staatsjüdel fließen, vorbereitet und erleichtert.

Rund um den Erdball

Hinterhältige Schikanen gegen Auswanderer nach der Sowjetunion

Umtsgericht Krossen auf Kindesraub

Arbeiter wird sein Kind entrißen, trotzdem er es in Sowjetrußland besser ernähren kann

Im folgenden veröffentlichen wir die Zuschrift eines Berlin-Neuköllner Arbeiters, der zum 18. Januar beabsichtigte, die Ausreise nach der Sowjetunion anzutreten, um dort als Meister in einem Charkower Betrieb am sozialistischen Aufbau mitzuhelfen. Da er drüben im ersten Vaterland der Arbeiter durch einen Monatslohn von 300 Rubel Instand gesetzt ist, seinen 9jährigen Jungen dort besser zu ernähren als im Young-Deutschland, beabsichtigte er, das Kind mitzunehmen. Doch hatte er seine Rechnung ohne das Vormundschaftsgericht gemacht, das durch das Umtsgericht Krossen das Jugendamt in Berlin-Neukölln veranlaßte, das Kind vor der Auswanderung zu den bösen Bolschewisten zu „sichern“.

Nach der eidesstattlichen Versicherung des Schweigers Willi Natusch ist er seit etwa 2 Jahren von seiner ersten Ehefrau geschieden. Beide Teile sind für schuldig erklärt worden. Durch Quittungsbelege ist Natusch in der Lage, nachzuweisen, daß er für den jetzt 9jährigen Knaben Horst angemessen gesorgt hat. Kurz vor Weihnachten hat Natusch sein Kind zu sich genommen und seit der Zeit ständig bei sich gehabt. Am 18. Januar 1931 wollte er die Ausreise nach der Sowjetunion antreten.

Als Meister in einem Charkower Betrieb waren ihm 300 Rubel monatlich als Lohn zugesichert.

Durch diesen Verdienst wäre er also besser als in Deutschland in der Lage gewesen, für den Jungen zu sorgen. Er beabsichtigte daher, ihn mitzunehmen. Da in Charkow, wo etwa 3000 Deutsche wohnen, auch eine deutsche Schule vorhanden ist, wäre daher auch für die Erziehung des Jungen, und zwar im sozialistischen Geiste, auf das Beste gesorgt.

Am 18. Januar wurde Natusch jedoch von einem Beauftragten des Jugendamtes Neukölln aufgefordert, den Knaben der Jugendfürsorge vorzustellen. Als er das verweigerte, holte man ihn mit Hilfe der Polizei das Kind aus dem Hause. Auf dem zuständigen Polizeirevier erfuhr er, daß das Umtsgericht Krossen an der Oder, wo Natuschs erste Frau lebt, den Beschluß

erlassen hat, ihm das Sorgerecht für den Jungen abzusprechen. Und der Grund dieser Schikane? Einzig und allein die Tatsache, daß Natusch nach der Sowjetunion auswandern will.

Selbst der Neuköllner Stadtrat Schneider, der der SPD angehört, mußte diesen Kindesraub als vollkommen ungeheuerlich

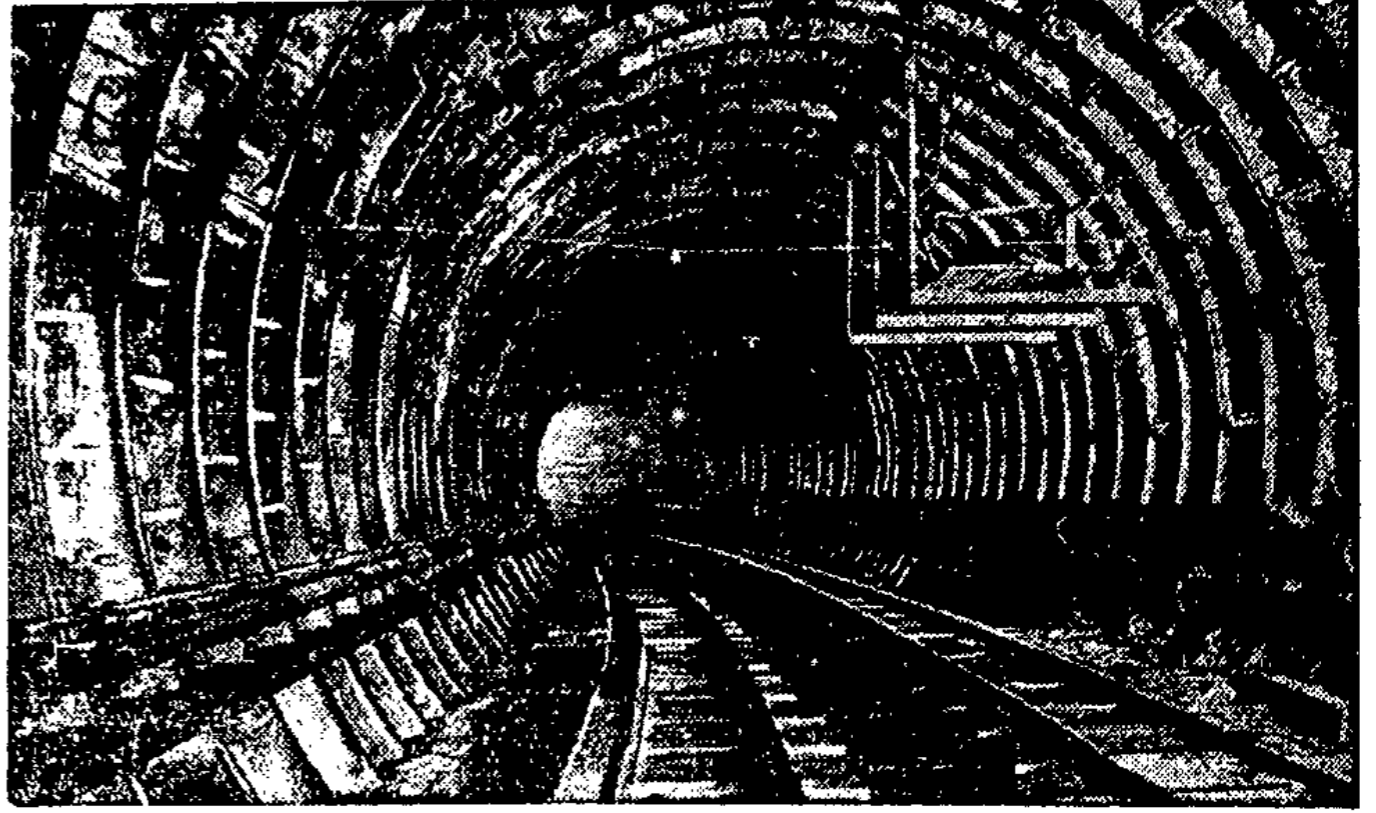
erkären. Doch sein Einspruch bei dem Krossener Amtsgericht blieb ohne jeden Erfolg.

Der Junge ist nun auf Grund dieses ungeheuerlichen Beschlusses der Krossener Bolschewistenkresser im Berliner Waisenhaus in der Alten Jakobstraße untergebracht worden.

Ein Versuch des Vaters, sein geraubtes Kind zu besuchen, wurde vereitelt, denn ein Vater, der auch nur beabsichtigt, sein Kind mit in die „Sowjetölle“ zu nehmen, wo ihm vielleicht der „Gott der Christen“ geraubt werden könnte, hat selbst das bürgerliche Recht, wonach der Vater den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen hat, verloren. Wenn das Krossener Klassengericht jedoch glaubt, durch solche hinterhältigen Schikanen Klassenbewußte Arbeiter abschrecken zu können, am Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion mitzuhelfen, so irrt es sich gewaltig.

Wilde Panik im Hudson-Tunnel

Im Untergrundbahntunnel, der Neuyork mit seinem Stadtteil Newjersey unter dem Hudson-Fluß hinweg verbindet, entgleiste ein überfüllter Zug. Erlöschen der Lampen und plötzliche Rauchentwicklung riefen unter den Fahrgästen eine Panik hervor. Sie schlugen die Fensterscheiben ein und liefen durch den Tunnel zur nächsten Station. In dem Gedränge wurden viele Frauen niedergetreten und schwer verletzt.



6 Opfer des Abtreibungsparagraphen in einem Bauerndorf

Abtreibung durch rostige Fahrradspieche

Kranke und sieche Gebärmärschinen stehen vor dem Klassenrichter

Wien, 17. Januar. Auch in Oesterreich fordert der mörderische Abtreibungsparagraph unter den Arbeiter- und Kleinbauernfrauen tagtäglich seine Opfer. Aus der frommen Bauernorttschaft Hausmanning erreicht uns die Meldung, daß sich dort vor wenigen Tagen sechs Kleinbauernfrauen vor dem Klassenrichter wegen Abtreibung ihrer Leibesfrucht zu verantworten hatten. Wie man aus der Gerichtsverhandlung erfuhr, hat die Kleinbauern Anna Hager sechs Kinderreichen Müttern des Dorfes, wahre Gebärmärschinen, die Frucht mittels einer — rostigen Fahrradspieche abgetrieben.

Ein unvorstellbares Bild des Jammers! Sechsmal erschien vor etwa acht Wochen in dem Marie Hausmanning, in dem die Pfaffen und die „Sahnenwandler“ (wie man die österreichischen Zehntler nennt) dominieren, das Sanitätsauto. Sechsmal an einem Tage verließen Krankenwärter eine vor Schmerzen sich windende und stöhnende Frau, um sie eiligst in das Kreis-Krankenhaus zu transportieren.

Schwere Entzündung und Eiterungen im Unterleib stellten die Krankenhausärzte bei allen sechs Eingelieferten fest.

Zahl sechs Wochen ringen diese unglücklichen Opfer des Schand- und Mordparagraphen unter den entsetzlichen Schmerzen mit dem Tode. Der Kunit der Ärzte gelingt es jedoch, sie, wenn auch mit sicchem Körper, am Leben zu erhalten. Jetzt sitzen diese Elendgestalten, abgemagert und bleich wie der Tod, flackernde Angst vor dem Klassenrichter in ihren Augen, auf der „Armes-Jünderbank“.

Anna Hager, die „Weiße Frau“, die mit einer verrosteten Fahrradspieche ihren Leidensgenossinnen ohne Entgelt helfen

wollte, wurde zu acht Monaten schweren Kerkers verdonnert. Und die Opfer? Trotzdem sie völlig arbeitsunfähig sind, verknachte man sie doch noch zu 14 Tagen schweren Kerkers.

Wer den vor einigen Tagen veröffentlichten Auszug aus der Bannbulle des Papstes gegen die Abtreibung gelesen und noch in Erinnerung hat, wird uns bestimmen, wenn wir behaupten, daß diese Gerichtsverhandlung im Sinne des „Stellvertreter Gottes“ in Rom gewesen ist. Aber auch die Nazis Oesterreichs und Deutschlands, deren politisches Ziel im Dritten Reich die vollkommene Rechtlosigkeit der Frau ist, werden zu der schändlichen Verfolgung der sechs Bauernfrauen ihr „Heul! Heul!“ brüllen.

Die Januarnummer der Einksturve

Die 1. Nummer des dritten Jahrgangs bringt eine Reihe interessanter und aktueller Artikel aus allen Gebieten der Kultur und Politik. Wir heben hervor: Anna Seghers berichtet als Augenzeuge vom Mostauer Prozeß; Kurt Kersten und Effer bringen Arbeiten über das aktuelle Problem des Kulturfaschismus; R. A. Wittfogel behandelt in einer längeren Arbeit die Probleme der proletarischen Kultur; D. B. H. nimmt kritisch zur Erscheinung Bert Brechts Stellung. Peter Walt gibt in seinem Artikel „Musik und Klassenkampf“ einen ausführlichen Einblick in die Entwicklung der proletarischen Musik; eine Erzählung des bekanntesten proletarischen Schriftstellers Lettlands Linard Laizen „Die Angst vor der Fahne“. Besonders unterzeichnen wir die neue Rubrik „Bibliographie des Arbeiters“, die eine systematische Uebersicht über die wichtigsten Erscheinungen auf allen Gebieten der Politik und der Kultur gibt. Eine Reihe Buchkritiken und Glossen beschließen dieses Heft.

NIKOLAI BOGDANOW



Das erste

Madel

DER ROMAN DES KOMSOMOL
232 Seiten, broschiert RM 3.—, in Ganzleinen geb. RM 4.—
VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE, BERLIN

Sturm aufs Gefängnis — um hineinzukommen

Berzweiflungsaktion amerikanischer Arbeitsloser

New York, 17. Januar. (Kote-Hilfe-Bericht.) Der ganze Bahnhin der kapitalistischen „Ordnung“ offenbar sich in folgender Meldung: In Marja im amerikanischen Staat Texas führten Hunderte von Arbeitslosen das Gefängnis, um dort ein relativ warmes Unterkommen zu finden. Die Polizei jedoch, von der Berzweiflungsaktion der Arbeitslosen rechtzeitig unterrichtet, empfing die Vorwärtenden mit schuhbereiten Gewehren. Denn — verdammt noch mal! — das Gefängnis ist doch kein Obdachlosenzajnl!

Der unmittelbare Anlaß zu der Massenflucht in das Gefängnis war die plötzlich einsetzende starke Kälte. Die Arbeitslosen wurden bis dahin dadurch „unterstützt“, daß sie für sieben Stunden Notstandsarbeiten eine Betteluppe bekamen. Ob das erhielten sie jedoch nicht. Die grimmige Kälte trieb diese Unglücklichen nun dazu, sich Unterichlupf im Gefängnis zu erzwingen. Aber selbst diese letzte Zuflucht wurde ihnen von den Gewehren der kapitalistischen Soldner verperrt.

Scheintoter wird lebendig

Vor einigen Tagen vermißt man in einer Bäckerei in Konstanz einen jungen Bäckergehilfen. Man fand ihn schließlich in seinem Bette anscheinend tot auf. Der herbeigerufene Arzt untersuchte die Leiche und stellte ordnungsgemäß einen Totenschein aus. Der aber beschreibt das Erscheinen seiner Arbeitskollegen, als der Totgeglaubte einige Stunden später frisch und froh an seiner Arbeitsstätte erschienen. Wie die Ärzte jetzt feststellten, war der junge Mann von einem Starzkrampf befallen worden.

Ueberall verheerende Schäden des Witterungsumschwunges

Hestige Stürme über Europa

Sturm wirft Eisenbahnzug aus den Gleisen — Großer Sachschaden im Hamburger Hafen — Englische Schiffahrt an der Westküste lahmgelegt

Der plötzliche Witterungsumschwung hat in der Nacht zum Freitag in ganz Europa gewaltige Stürme, die stellenweise zu Orkanen ansarten, ausgelöst. Von der gesamten Nord- und Ostküste werden schwere Weststürme gemeldet, desgleichen aus Mittelddeutschland, Schlesien und Bayern.

Aus Ferleberg i. d. Mark kommt die Nachricht, daß der heftige Orkan, der in der Nacht zum Sonnabend wüthete, im Kreise Briegnitz ein schweres Eisenbahnunglück verursacht hat. Zwischen den Stationen Gary und Hoppentrade entgleiste infolge des orkanartigen Sturmes der von Ferleberg kommende Kleinbahnzug. Der Zugführer wurde auf der Stelle getötet, mehrere Reisende erlitten Verletzungen. Die Strecke ist bis auf weiteres gesperrt. Der Sturm hat im ganzen Kreise Briegnitz tiefe Schäden verursacht.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß der Sturm mit ungewöhnlich starken Regenfällen verbunden und die ganze Nacht andauerte. Namentlich im Hamburger Hafen hat der Orkan viel

Sachschaden angerichtet. Ein japanischer Dampfer wurde losgerissen und geriet ins Treiben. Der einkommende Dampfer „Mantola“ trieb, als er von vier Schleppern gezogen wurde, gegen einen anderen Dampfer, der stark beschädigt wurde. In den Straßen Hamburgs riß der Sturm zahlreiche Bäume um. Die Feuerwehr war die ganze Nacht hindurch beschäftigt. Im Kuhwärder Borhafen wurde ein Tod abgetrieben, es riß mehrere Wähe um und klemmte sich im Kaiser-Wilhelm-Hafen zwischen mehreren dort liegenden Jahrzeugen fest.

Auch aus England überführten sich die Katastrophennmeldungen. In den Häfen an der Westküste wurde die Schiffahrt am Freitag und Sonnabend vollständig lahmgelegt. Die großen Dampfer wurden durch die Gewalt des Sturmes so fest gegen die Anlegeplätze gepreßt, daß selbst schwere Schlepper sie nicht von der Raimauer freimachen konnten. Ein neuerbauter Fischdampfer lief an der Nordwestküste Schottlands auf einen Felsen. Nur unter größter Anstrengung gelang es, die Besatzung zu retten. In Hull wurde ein Mann durch einen Windstoß auf die Eisenbahnschienen geschleudert, als gerade ein Zug heranbraute. Dem Unglücklichen wurde ein Bein abgefahren.

Ventales Vorgehen der Polizei — Mantel zerrissen, obwohl kein Widerstand geleistet

Bei der Rückkehr der Reichswehr von der Parade stand an der Posener Straße, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße, eine Gruppe Arbeiter...

rufe wurden laut: „Das ist auch einer von denen, die „Rot Front“ gerufen und die „Internationale“ gesungen haben!“

Negersteuer und 10 Prozent Lohnraub

Die Breslauer Tischlergesellen haben bei der Lohnzahlung Ende vergangener Woche in ihren Tischen folgenden Zettel gefunden...

Die 10 Prozent sind auch sofort vom Lohne abgezogen worden. Gleichzeitig erfolgte der Abzug der Negersteuer...

Der schärfste Aushungerungskurs wird verschärft fortgesetzt...

Was ist im Allerheiligen-Frankenhaus los?

A. R. Am Sonnabend, dem 10. Januar, wurde die Arbeiterin A. G. von der Friedrich-Wilhelm-Straße 75 in das Allerheiligen-Frankenhaus eingeliefert...

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, dem 22. Januar, keine Sitzung ab.

Monatliche Jugend im Volkbund für Geistesfreiheit, Grünstraße Nr. 14/16. Dienstag, 19.30 Uhr, Gründungsversammlung...

Erweiterte Landesleitung der Roten Sportler hält am Donnerstag, 20. Uhr, bei Wittner, Herstraße 20, eine Sitzung ab.

Arbetersport

Größter roter Sportverein der Welt kein bürgerlicher, kein reformistischer Sportverband kann Nehliches vollbringen

In Berlin in den Müllerfeffjalen fand Montag, den 12. Januar, die Gründungsversammlung nicht nur des größten Arbeitersportvereins...

Das nennt man: schnell reagiert

Es ist klar, daß den revolutionären Sportlern wegen ihrer aufrichtigen Haltung alle möglichen Schikanen bereitet werden...

Nachmachen!!

Die Sportler Turnen, Leichtathletik, Radfahren usw., also die Sportarten, die auf einen ausgedehnten Sommerbetrieb angewiesen sind...

Reichsbanner und NSDAP. ist dasselbe

So behauptet es die „Volkswacht“ — Um das anonyme Flugblatt des Reichsbannergenerals Funk

Am Montag konnte man in der „Volkswacht“ eine Warnung an die sozialdemokratische Mitgliedschaft lesen...

Wir mahnen dieser Notiz zuerst keine Bedeutung bei, bis es uns gestern gelang, einwandfrei festzustellen, daß das in der „Volkswacht“ erwähnte Flugblatt vom Reichsbannergeneral Funk verfaßt und verbreitet wurde.

„Werte Parteigenossinnen und -genossen! Montag, den 12. Januar, muß jedes Mitglied der SPD. Breslaus, das die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei als das Fundament des Kampfes gegen den drohenden Faschismus und ihre Wegbereiter, die rechts- und linksradikalen Phrasen, ansieht, an den Distriktsversammlungen teilnehmen.“

Heute zerkleinernder, lähmender Streit! Das ist der Erfolg der bergseitigen Leitung. Die Opfer aber hat die irreführende sozialistische Bevölkerung und da wieder in erster Linie die Arbeiterschaft zu bringen.

Genossinnen und Genossen! Es geht nicht um Personen, es geht um die Einheit der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung.

Mit Parteitag Abteilungsleiter. Frauenleiterin. Distriktsführer.

Jeder Kenner der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Sprachart erkennt ohne weiteres, daß das Flugblatt von einem Menschen verfaßt sein muß, der lange Zeit in der Sozialdemokratie verkehrt und ihre Sprachart ihm geläufig ist.

Gründung des „Freien Radiobundes“

Kampf gegen Kulturreaktion und Faschismus im Rundfunk

Die arbeitereindliche Politik der deutschen Rundfunksender hat bereits vor einer Reihe von Jahren die ersten Ortsgruppen des „Freien Radiobundes“ in Deutschland entstehen lassen.

In Breslau zeigt sich die Situation nicht anders als in allen Städten, an allen Sendern; die sogenannte Interessengemeinschaft der proletarischen Zuhörer, der sozialdemokratische „Arbeiter-Radiobund“, hat hier Hand in Hand mit der Zendeitung die proletarische Mitgliedschaft an das Kapital verdrängt.

Der „Freie Radiobund“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, wirksam die Interessen der vertägligen proletarischen Hörerschaft in jeder Weise zu vertreten.

Am Montag, dem 20. Januar, findet um 20 Uhr im „Guten Löwen“, Oberstraße, die Gründungsversammlung der Breslauer Ortsgruppe des „FRB.“ statt.

Saarauer G.D.-Bonze und stellvertretender Gemeindevorsteher für Aushungerung der Erwerbslosen

Die Gemeindeverwaltung Saarau bestift einige Gemeindefunktionen. Die Miete in diesen Grundstücken beträgt monatlich im Durchschnitt 30 Mark. Eine dieser Wohnungen bewohnt der Maurer Gustav Ditto...

auf die Unterstützung in Höhe von 15 Mark gewährt. Vor der Auszahlung dieser 15 Mark forderte der SPD-Betriebsrat, Gemeindevorsteher, stellvertretender Gemeindevorsteher und zugleich Mitglied des Kreisrates, August Nixdorf, den Vertreter des Kollegen Otto...

Werde Leser der Arbeiter-Zeitung

Verantwortlich für den hiesigen Teil: Ernst Gschellner, Breslau: für den übrigen Teil: Ernst Bollweber, W. B. B. Bremen. — Für Aufschlag: Paul Gansholz, Breslau.

Der Riese Kumpel steht im Betrieb weiter gerüstet zum neuen Kampf!

Die faschistische Diktatur regiert über Deutschland. Immer offener und unverhüllter tritt die ganze Bräutigkeit, der morsche und faule Charakter des herrschenden kapitalistischen Systems zutage und die herrschende Klasse kann nur noch mit den Mitteln der offenen Diktatur, des staatlichen faschistischen Terrors, des Gummifüllpostens und der Polizeimute ihre Herrschaft über die rebellierenden, wirklichen Massen aufrechterhalten. Abbau der demokratischen Einrichtungen, Ausschaltung des Parlaments, Belagerungszustand, Abschaffung der Presse, Versammlungsfreiheit, des Vereinsrechtes, das ist die eine Seite der faschistischen Diktatur. Maßlose Steigerung des Gloriums und der Not der werktätigen Massen, die unerhörte Verherrlichung der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben, Preis-, Zoll- und Mietensucher, Arbeitslosenelend, erdrückende Massenbesteuerung, Ruin und Proletarisierung des Mittelstandes und Vernichtung der mittelständlichen Existenzen, das ist die andere Seite.

Die faschistische Brüning-Steinweg-Regierung als das Vollzugsorgan der herrschenden deutschen Ausbeuterklasse versucht, auf Kosten des werktätigen Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse einen Ausweg zu finden aus der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Systems. Diesen Ausweg gibt es nicht. Die Durchführung des Versuchs jedoch bedeutet nichts als gewaltige Vermehrung des Elends der Werktätigen. Insbesondere ist es der Plan der deutschen Ausbeuterklasse und ihres ausführenden Organs, der Brüning-Regierung, durch Senkung der Produktionskosten der deutschen Wirtschaft den Absatz in Gang und damit den wirtschaftlichen Kreislauf wieder in Fluß zu bringen. Der Weg dazu bei unbedingter Erhaltung und sogar Steigerung des Kapitalprofits und Forcierung eigener Kapitalbildung, der Abbau aller Löhne und Gehälter der Arbeiter, unteren Angestellten und Beamten.

Nach dem „Notopfer“ der Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten und Angestellten, nach dem Lohnabbau in der Metallindustrie und anderen Industriegruppen sollen jetzt die Löhne der Bergarbeiter in allen Bergbauereien abgebaut werden. Das Gegenstück zu dem politischen Leisten der sozialdemokratischen Führer an der Brüning-Regierung, die die Bewilligung der Notverordnungen und das Vertrauenverwehen für die Brüning- und Steinweg-Regierung, ist die Mitwirkung dieser Führer an dem Abbau der Löhne. Bei dem Lohnraub an den Mannfelder Bergarbeitern, an den Berliner

und Nordwest-Metallarbeitern wirkte einheitlich zusammen die Dreieinigkeit: Unternehmer, Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie. Bei den Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau schlugen die Gewerkschaftsböden nach vielem Schrein über die Untergabe einer Senkung der Löhne selbst einen Lohnabbau von 4 und sogar später von 5 Prozent — „angesichts der schlechten Lage des Ruhrbergbaus“ — vor. So sollten schließlich, schließlich auch die Bergarbeiter an der Ruhr, in Oberschlesien, im Waldenburger und Wurmrevier um den Lohn betrogen und mehrlos und kampflös dem Lohnraub der Unternehmer angeschlossen werden.

Da plötzlich geschieht etwas, was nicht im Programm gestanden hatte. Der Kumpel an der Ruhr steht auf, befinnt sich auf seine Kraft, stellt sich, ballt die Faust und schlägt zu. Der Schmod tobt: „Kommunistenputsch“, „wilder Streik“, „kommunistischer Terror“ usw. Was ist geschehen? An der Ruhr sind unter der Führung der Revolutionsären Gewerkschaftskommunisten am 2. Januar 32 Schachtanlagen in den Streik getreten. Am nächsten Tage sind es bereits 47 Betriebe. Schon am ersten Tage meldet die arbeitereindliche Presse den Zusammenbruch des Streiks. Und dann berichtet die gesamte Presse vom „Vorwärts“ bis Jugenberg acht Tage lang, Tag für Tag: „Zusammengebrochen“, „gänzlich zusammengebrochen“, „endgültig zusammengebrochen“. Und als nach der Meinung der Journalisten der Ruhrstreik endgültig liquidiert sein sollte, da trat wieder etwas ganz Neues, Unerwartetes ein: Die ober-schlesischen Kumpels traten ganz überraschend ebenfalls in den Streik. Am 7. Januar standen 9 Schachtanlagen, zwei Drittel der ober-schlesischen Kohlenzechen im Kampf. Und wieder begann das Gezeiter über „Kommunistische Putsch“ und „Terror“.

Schon am ersten Tage setzte jedoch der wirkliche Terror ein. Die Presseente hefte. Die Gewerkschaftsführer organisierten den Streikbruch, Gufemann, der Führer des reformistischen Bergarbeiterverbandes, forderte die Streikbrecher auf, „mit dem Knüttel in der Hand“ gegen die Streikenden vorzugehen. Severing entsandte eine ganze Heeresmacht seiner Bürgerkriegspolizei in die Streikgebiete. Vor den Gruben, in den Bechen und in den Bergarbeiterorten wühlte der schlimmste faschistische Polizeiterror. Polizei prügelt und schießt in die Streikposten hinein, bringt in die Wohnungen ein und ver-

prügelt Streifenbe, jagt die Kumpels mit dem Gummifüllpostel in die Betriebe. Die Gewerkschaften sind nicht nur Lohnräuber, sondern auch Streikbruchorganisationen geworden.

Dieser Streik, durchgeführt unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, hat der deutschen Arbeiterklasse besser als 1000 Versammlungen das Wesen dieser Diktatur und die Bedingungen des Kampfes gezeigt.

Die Bergarbeiter sind in die Betriebe zurückgekehrt, ungedröckelt, ungehört. Der Riese Kumpel steht im Betrieb, weiter gerüstet zum neuen Kampf. Der Streik wurde unterbrochen — nicht abgebrochen. Morgen, in einer Woche, in einem Monat, wenn die Lage und die Bedingungen zu neuem Kampf es erforderlich und richtig erscheinen lassen, wird der Kampf erneut geführt werden.

Man hat gesagt, dieser Kampf war ein politischer Kampf und hat geglaubt, damit etwas Großes zu sagen. Ja und tausendmal ja. Dieser Kampf war — auch ein Prüfstein der Bergarbeiter — ein Kampf gegen die faschistische Brüning-Diktatur, die den Lohnraub bestreift. Dieser Kampf war ein Vorgefühl, eine Generalprobe der von der kommunistischen Partei geführten großen Erhebung des werktätigen Volkes gegen die faschistische Diktatur.

Der Kumpel ist aufgestanden. Er wird sich nicht wieder hinlegen. Er wird wiederkommen und dann an der Seite seiner Arbeitsbrüder zum neuen großen Kampf antreten. Dann aber wird ein Sturm über Deutschland gehen, den dieses morsche und faule System erschlägt und den Weg frei macht für eine neue und gerechte soziale Ordnung, für ein Sowjetdeutschland.

Fritz Selbmann

Reichswehr demonstriert beschützt von der Schupo

Dreslau, 19. Januar. Die von der Reichswehr gestern inszenierte Provokation hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Statt der erwarteten freudigen Begrüßung wurde der Aufmarsch selbst im Bürgerum mit eisiger Kälte aufgenommen. In den proletarischen Straßen aber überlieferte zeitweise sogar die Internationale die Pflicht der nazifreundlichen Reichswehr. Ein Riesepolizeiaufgebot begleitete den Aufmarsch, um unter allen Umständen „innigere“ Begrüßungen zu verhindern. Nicht weniger als zwölf Autos mit Schupo begleiteten diese provokatorische Parade. Während so im allgemeinen die Bevölkerung keinen Anteil daran nahm, benutzten Stahlhelm und Nazis die Gelegenheit, um das von der Reichswehr durchbrochene Demonstrationsverbot auch ihren Zielen dienstbar zu machen. Die Polizei schloß auch diese Demonstranten, und daraus wird die Arbeiterklasse ihre Konsequenzen ziehen. Wir fordern jetzt unter allen Umständen die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Es wurden auch etliche Verhaftungen vorgenommen.

Lohnsteuer-Rückerstattung für das Jahr 1930

Antrag nur bis 31. März 1931

Wie im Vorjahr, so erfolgt auch in diesem Jahre auf Grund des § 63 des Einkommensteuergesetzes eine Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuern. In Betracht kommt dafür jeder Arbeiter und Angestellte, der im Kalenderjahr 1930 mindestens vier Mark Lohnsteuer entrichtet hat, der nicht zur Einkommensteuer veranlagt worden ist. Das sind diejenigen, deren Arbeitslohn den Betrag von 9200 Mark im Jahr nicht übersteigt oder deren Reineinkommen nicht höher wie 5000 Mark betrug, wenn neben reinem Arbeitslohn noch anderes Einkommen von nicht mehr als 500 Mark bezogen wurde. Alle übrigen höheren Einkommen unterliegen nicht der Lohnsteuer, sondern werden nach dem Einkommensteuergesetz zur Einkommensteuer veranlagt.

Wann erfolgt Steuerzurückzahlung?

Die Steuerzurückzahlung erfolgt, wenn infolge Verdienstaussfalls durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ausperrung, Streik oder Erkrankung der steuerfreie Lohnbetrag im Laufe des Jahres 1930 beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt worden ist. Der steuerfreie Lohnbetrag ergibt sich aus nachstehender Aufstellung:

Anzahl der Kinder	mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	1320	1260
1 Kind	1440	1320
2 Kinder	1680	1560
3 "	2160	2040
4 "	2640	2760
5 "	3120	3720
6 "	4500	4680
7 "	5760	5640
8 "	6720	6300

Außerdem kann die Förderung auf Steuerzurückzahlung begründet werden mit besonderen Verhältnissen, die den Arbeiter oder Angestellten zu besonderen finanziellen Aufwendungen gewungen haben. Das kann sein: die Unterhaltung mittelloser Angehöriger, erhöhte Ausgaben für Krankheitsfälle in der Familie oder anderer Angehöriger, außerordentliche Belastung durch Erziehung und Schrausbildung der Kinder, durch Unglücksfälle und Verschuldung usw. Aber die Steuerzurückzahlung erfolgt in diesen Fällen nur dann, wenn diese außerordentliche Belastung nicht schon im Jahre 1930 durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages in Anrechnung gebracht worden ist, und wenn dem Angestellten oder Arbeiter Steuerabzüge von seinem Lohn gemacht worden sind, obwohl der Arbeitslohn niedriger ist als das steuerfreie Einkommen, das aus der oben wiedergegebenen Tabelle ersichtlich ist.

Die Anträge auf Steuerzurückzahlung müssen bis zum 31. März dieses Jahres an dasjenige Finanzamt gerichtet werden, in dessen Bereich der Antragsteller am 10. Oktober 1930 seinen Wohnsitz gehabt hat.

Zur Antragstellung erhält man bei seinem zuständigen Finanzamt vorgegedruckte Antragsformulare. Den Anträgen ist beizulegen: die Steuerkarte 1930, wenn sie sich im Besitze des Antragstellers befindet, eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Jahresarbeitslohnes und die einbehaltene Lohnsteuer, im Krankheitsfall die Krankheitsbescheinigung der Krankenkasse und bei Arbeitslosigkeit die Stempelliste oder eine Bescheinigung des Arbeitslosenamtes über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Bei Streik und Ausperrung eine Bescheinigung der Gewerkschaft oder des Unternehmers. Wird der Antrag mit dem Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse begründet, dann sind die Ausgaben im einzelnen dafür aufzuführen und durch Rechnungen usw. zu belegen.

Was wird rückerstattet?

In keinem Falle wird mehr zurückgezahlt, als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer einbehalten worden ist oder wenn der Steuerabzug im Jahre vier Mark nicht erreicht hat. Hat der Jahresarbeitslohn die steuerfreie Grenze nicht erreicht, so wird der ganze vom Lohn einbehaltene Steuerbetrag zurückgezahlt. Bei Verdienstaussfall und Arbeitslosigkeit, Streik oder Krankheit wird für jede volle Woche des Verdienstaussfalles je nach den Familienverhältnissen ein Betrag zurückgezahlt, der aus folgender Tabelle hervorgeht:

Anzahl der Kinder	mit Ehefrau		ohne Ehefrau	
	Ehefrau	ohne mit Lebigenzufuß	Ehefrau	ohne mit Lebigenzufuß
Keine Kinder	2.—	2.—	1.80	2.—
1 Kind	2.20	2.20	2.20	2.20
2 Kinder	2.60	2.60	2.60	2.60
3 "	3.55	3.55	3.55	3.55
4 "	5.—	5.—	5.—	5.—
5 "	6.95	6.95	6.95	6.95
6 "	8.85	8.85	8.85	8.85
7 "	10.75	10.75	10.75	10.75
8 "	12.70	12.70	12.70	12.70

Bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen setzt das Finanzamt einen Betrag selbständig fest.

Die Presse muß es wissen!

Sie urteilt **GLEICH** über im Circus-Busch-Gebäude:

Genossen

Täglich: 2 Vorstellungen 4.15 und 8.15

10 internationale Variete-Attraktionen

Wander-Kuktion

Dienstag, d. 20. Jan. Pfandleihhaus Grundmann Trebnitzer Str. 21

kauft nur bei unseren Inserenten!

Beerdigungsanstalt C. Heymann

Bestattungs-Versicherung Ueberführung und Feuerbestattung Klosterstraße 97 — Zweiggeschäft Gräb-schener Straße 97 — Telephon 587 47

Reste für die Hälfte

Kleiderstoffe - Seide - Mantelstoffe - Waschstoffe Beginn Montag früh

Futterstoffe - Inletts - Bett-Damast und Wallis-Reste

T I E T Z

Angestaubte Tisch-, Bett- und Damen-Wäsche

Breslau, Ohlauer Straße 71-73